

Pressemitteilung

Verurteilung der Resolution des Studierendenparlamentes zur Solidarität mit Hörsaalbesetzungen durch LHG und RCDS



Seit Oktober finden an einigen deutschen Universitäten vermehrt Hörsaalbesetzungen durch Klimaaktivisten statt. Auch in Hessen wurden an der Universität Marburg und Frankfurt Hörsäle rechtswidrig besetzt. Das Studierendenparlament der JLU hat nun eine Resolution beschlossen, die Solidarität mit den Besetzern der Hörsäle bekundet. „Wir als LHG und RCDS betonen ausdrücklich, dass diese Resolution nicht die Meinung der bürgerlichen Hochschulparteien ausdrückt. Besetzungen sind kein legitimes Mittel des demokratischen Diskurses.“ konstatiert Lea Kern von der LHG.

Mit Blick auf die Besetzungen der Hörsäle sagt Marvin Korff vom RCDS: „Dieses Verhalten stellt einen unverhältnismäßigen und inakzeptablen Eingriff in die Freiheit der Lehre dar und gefährdet das Recht aller Studierenden auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung“.

Die LHG und der RCDS erkennen an, dass der Klimawandel die aktuell größte Herausforderung der Menschheit ist. Allerdings ist Bildung und Forschung einer der Schlüssel zur Bewältigung dieser Aufgabe und darf nicht durch illegitime Besetzungen am Campus behindert werden. Außerdem müssen in unserem freiheitlich demokratischen System immer der Diskurs und das Ringen um die besseren Argumente maßgebend sein und niemals physische Gewalt in Form von Nötigung.